Preis 30 Groschen.

Redaktion, Administration, Druckerei:
I., Kolowratring, Fichtegasse Nr. 9—11.
Telephon: Redaktion: △ 98-5-95.
" Administration: 97-0-35.
" Inserat.-Abtg.: 97-4-41.
Prager Redaktion: Vinohrady, Marchall Fochova 71.
Administration für die Slowakei: M. Weiss, Bratislawa, Fischertorgasse 3.
Inseraten-Annahme laut aufliegendem Tarif in unseren Bureaux:
I., Fichtegasse 9—11, Tel. 97-4-41,
I., Wollzeile 20, Tel. 75-4-43,
Kleiner Anzeiger I., Schulerstrasse 1—3, Tel. 71-3-80, und bei allen Inseraten-Bureaux des In- und Auslandes.
Bezugsbedingungen im Innern des Blattes.

Neue Freie Presse.

Morgenblatt.

Das führende Modenhaus
Zwieback
I., Kärntnerstr. 11-15.
Damen-, Herren- und Kinder-Konfektion

Nr. 21826 Wien, Freitag, den 19. Juni 1925.

Excelsiorhotel am Anhalter Bahnhof
Grösstes Hotel des Kontinents
5 Uhr Thee
Eine Sehenswürdigkeit Berlins

Im redaktionellen Teil (Kleine Chronik, Lokalbericht, Theater- und Kunstnachrichten, Economist) enthaltene entgeltliche Mitteilungen sind durch + kenntlich gemacht.

Absage der französischen Sozialisten an die Regierung.

Paris, 18. Juni.

Die Sozialisten hatten nachmittag mit den Gruppen des Kartells eine Besprechung über die politische Lage. Sie erklärten, sie blieben ihrer Mehrzahl nach Anhänger der Aufrechterhaltung des Kartells, hielten es jedoch für unmöglich, die Unterstützungspolitik fortzusetzen, mit Rücksicht auf die Haltung der Regierung, insbesondere bezüglich der budgetären Maßnahmen und der Marokkopolitik. Die Sozialisten werden abends eine Sitzung abhalten. Wie es scheint, werden sie einen Antrag annehmen, der die Aufgabe der Unterstützungspolitik bedeutet.

Wie verlautet, beabsichtigen die Sozialisten, sich bei der Abstimmung über die Finanzpläne Caillaux' der Stimme zu enthalten. Sollte dies eintreten, dürfte mit einer Kabinettskrise zu rechnen sein.

Pasic an Gelbsucht erkrankt.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Belgrad, 18. Juni.

Wie „Vreme" meldet, leidet Ministerpräsident Pasic an einem schweren Gelbsuchtsanfall. In den letzten drei Tagen war sein Zustand sehr ernst, so daß die Mitglieder seiner Familie ständig am Krankenlager weilten. Nach dem Blatte sei die Krise bereits überwunden und Pasic auf dem Wege der Genesung.

Entgegen dieser Meldung der „Vreme" sind in der Stadt noch immer Gerüchte verbreitet, daß die Krise noch nicht überwunden sei.

Italien zu Verhandlungen über die Schuldenfundierung bereit.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Rom, 18. Juni.

Die italienische Regierung teilte der englischen und amerikanischen Regierung mit, daß sie bereit sei, in eine Diskussion über die Fundierung ihrer Schulden einzutreten.

Amundsen wohlbehalten zurückgekehrt.

Bericht Amundsens an die „Neue Freie Presse".

Die erste Nachricht über die Rückkehr.

„Alles in bester Ordnung."

Funktelegramm von Bord der „Heimdal", Spitzbergen, 18. Juni.

„Wir sind in Kingsbai heute morgen, 1 Uhr, angekommen.

Alles in bester Ordnung.

Ausführlicher Bericht folgt.

(Gez.:) Amundsen und Begleiter."

Ausführlicher Bericht über die Fahrt.

Sensationelle Mitteilungen über die wissenschaftlichen Ergebnisse.

Spitzbergen, an Bord der „Heimdal", 18. Juni.

Nach unserem Start am 21. Mai verließen wir mit beiden Flugzeugen die Kingsbai um 5 Uhr nachmittags. Die Ladung der Flugzeuge betrug annähernd drei Tonnen. Auf dem Wege erprobten wir über der Amsterdaminsel die Festigkeit beider Flugzeuge und die Proben verliefen befriedigend. Daher setzten wir planmäßig unseren Flug fort.

Bei Sydgat kamen wir in einen Nebel, über den wir hinwegflogen, wobei wir auf 3100 Fuß Höhe emporstiegen, um während der nächsten zwei Stunden mit Hilfe von Sonnenkompassen unseren Weg zu nehmen.

Wir flogen nun beständig oberhalb des Nebels, aus dem wir erst um 8 Uhr abends herauskamen.

Während des übrigen Teiles der Flugreise war die Sichtigkeit ausgezeichnet.

Um 10 Uhr abends ergaben unsere Beobachtungen, daß wir übermäßig stark westlichen Kurs genommen hatten, wahrscheinlich durch die Nordostwinde, während unseres Fluges oberhalb des Nebels. Aber wir konnten die Abweichung vom richtigen Kurs nicht genau feststellen.

Der halbe Benzinvorrat verbraucht. Entschluß zur Landung.

Wir nahmen nun unseren Kurs mehr nach Osten, bis wir um 1 Uhr früh am 22. Mai feststellten, daß wir die Hälfte unseres Benzinvorrates verbraucht hatten. Daher entschlossen wir uns, den Versuch zur Landung zu machen, um endgültig unsere Lage festzustellen und die Aussichten für den weiteren Flug aufzuklären.

Wir befanden uns gerade oberhalb einer großen Wasserrinne innerhalb des Eises, der ersten dieser Größe, welcher wir begegneten. Wir gingen nun tiefer herab, um das uns umgebende Eis zu beobachten und unsere Ansichten über die Gefahr zu bilden, welche diese plötzlich aufgetauchte Rinne innerhalb des Blockeises darstellte.

Einschließung der beiden Flugzeuge im Eis.

Während des ganzen Fluges hatten wir nicht eine einzige zur Landung geeignete Stelle gesehen, und auch diese war es eigentlich nicht.

Die Befürchtungen, die wegen der Landung unserer beiden Flugzeuge gehegt wurden, sind nicht grundlos gewesen. Das Flugzeug 27 wurde unmittelbar, nachdem es gelandet war, von Eismassen eingeschlossen.

Während der Versuche, das Flugzeug wieder klar zu machen, fror der offene Wasserweg zu und sperrte das Flugzeug 24 auch ab.

Auf 87½ Grad nördlicher Breite.

Die Beobachtungen, die wir in der darauffolgenden Nacht machten, zeigten, daß wir uns auf 87·44 Grad nördlicher Breite und 10·20 Grad westlicher Länge befanden. Wir hatten also innerhalb acht Stunden eine Entfernung von genau tausend Kilometer auf unseren Flugzeugen zurückgelegt. Die Durchschnittsgeschwindigkeit war 150 Kilometer in der Stunde. Gegenwind hatte uns 200 Kilometer Streckenverlust gebracht.

Wir machten zwei Tiefenmessungen, die eine Meerestiefe von 3750 Meter ergaben. An den folgenden Tagen studierten wir die Strömungsverhältnisse. Wir machten Beobachtung über die Abweichung der Magnetnadel und über die meteorologische Lage. Auf unserem Fluge hatten wir eine Fläche von etwa 100.000 Quadratkilometer überblicken können, die bis zu

Chronik- (Sport-) Beilage der „Neuen Freien Presse".

„Uruguay." Von Ludwig Valentich. Seite 11.

„Nurmis Niederlage durch Helffrich." Von Charles E. Parker, Newyork. Seite 11 und 12.

„Schachspiel der Füße." Von Kurt Sonnenfeld. Seite 12.

„Das Volksspiel in Oesterreich." Von Dr. Richard Stern, Präsident des Wiener Golfklubs. Seite 13.

Sportliteratur. Seite 13.

„Der Herr der Welle." Roman von Otto Soyka. (21. Fortsetzung.) Seite 12.

„Sportnachrichten." Seite 10 und 11.

Filmbesprechungen, Miszellen. Seite 17.

„Mitteleuropäische Wirtschaft":

„Die wirtschaftliche Lage Polens." Von Anton Wieniawski, Vizepräsident der Kommerzbank in Warschau. (Seite 19.)

„Rumänien und die österreichische Frage." Mitteilungen von wohlinformierter Seite. Von unserem Bukarester Korrespondenten. (Seite 19.)

„Führer durch das Goldbilanzengesetz." Vom Buchsachverständigen Edmund Walters. (Seite 19 und 20.)

„Jugoslawiens Handel mit der Levante." Von unserem Agramer Korrespondenten. (Seite 21.)

In

„Technik und Verkehrswesen":

„Wien und der Bau der Wasserkraftzentralen." Von Zivilingenieur Hans Marbler. (Seite 22.)

„Die größten Motorschiffe der Welt." (Seite 22 und 23.)

Feuilleton.

Die Geburt Europas.

Ein Gespräch.

Von Hermann Bahr.

„Kinder!" fiel der Alte plötzlich dem Jüngling warnend ins Wort, „Kinder, mir scheint, ihr vergeßt schon wieder, daß wir einander doch neulich feierlich gelobten, fortan in unserem Kreise das Tag- und Nacht- und Tischgespräch aller Deutschen dieser Zeit lieber zu meiden und wenigstens aus unserer Mitte zu bannen. Denn angenommen selbst, daß, woran ich unverbesserlicher Optimist noch immer nicht glauben kann und schon gar nicht glauben will, Europa wirklich in den letzten Zügen liegt . . ."

„Hat es denn aber überhaupt noch Züge?" schrie der Jüngling. „Ich sehe nichts, ich höre nichts. Es hat ausgeröchelt, ist verendet! Das bleibt ja noch die einzige Genugtuung für uns, daß unser Sturz gleich auch ganz Europa mit in den Abgrund riß. Auf unserer Spannung, der irgendwie naturnotwendigen Spannung zwischen Deutschland und Frankreich, ruhte Europa. Als wir sie überspannten, brach es ein. Was bleibt davon? Erinnerung, Traum, Mythos. Und der Rest ist Balkan. Ein ruhmloses Ende!"

einer nördlichen Breite von 88 Grad 30 Minuten sich erstreckte, und in der keinerlei Anzeichen von Land zu sehen waren.

Wahrscheinlich kein Land auf dem Nordpol.

In Anbetracht der von uns geloteten Tiefe halten wir es für höchst unwahrscheinlich, daß noch weiter nördlich Land vorhanden ist.

Auf dieser Seite des europäischen Eismeeres ist nur Wasser.

Tiefer Eindruck und Begeisterung in Oslo.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Oslo, 18. Juni.

Die Nachricht, daß Amundsen und seine Begleiter nach Spitzbergen zurückgekommen sind, kam zu spät für die hiesigen Abendzeitungen. Sie wurde aber durch Anschläge der Zeitungsredaktionen bekanntgemacht und außerdem durch einen Rundfunk im ganzen Lande verbreitet.

Es herrschte eine geradezu unglaubliche Begeisterung in der Stadt, da niemand mehr an die Möglichkeit der Rückkehr Amundsens gedacht hatte.

Nach Amundsens eigenen Angaben mußte die Flugexpedition als mißlungen angesehen werden, wenn die Flugmaschinen nicht binnen vierzehn Tagen nach dem Start zurückgekommen wären. Infolgedessen glaubte die Oeffentlichkeit, daß die Mitglieder der Expedition sich zurzeit mühsam mit ihren Schlitten und Skiern auf dem Wege nach Kap Columbia vorwärts arbeite. Das allgemeine Interesse an dem Ereignis gibt sich dadurch kund, daß die Telephone in den Zeitungsredaktionen überhaupt nicht stillstehen. Die großen Blätter werden unaufhörlich nicht nur aus Oslo selbst, sondern aus dem ganzen Lande, und sogar aus den Nachbarländern angerufen.

Sämtliche Expeditionsteilnehmer wohlbehalten in Spitzbergen.

Newyork, 19. Juni. (Funkspruch.)

Prentice, der Schwager des Teilnehmers der Amundsen-Expedition Ellsworth, hat die Nachricht erhalten, daß sämtliche Mitglieder der Expedition wohlbehalten in Spitzbergen angekommen sind.

Amundsens Rückkehr.

Nach einer Fahrt bis zweihundertfünfzig Kilometer vom Nordpol.

Wien, 19. Juni.

Die Nachricht von der Rückkehr Amundsens wird die unzähligen Menschen erleichtert aufatmen lassen, die im Geiste dem unerschrockenen Pionier der Wissenschaft auf seinem kühnen Vorstoß gegen den Nordpol begleitet haben. Gar mancher hatte ihn und seine wackeren Gefährten schon verloren geglaubt trotz der Zuversicht, von der alle, die ihn näher kannten, erfüllt waren. So war Nansen nicht einen Augenblick im Zweifel, daß Amundsen, was immer auch an Hindernissen sich ihm entgegentürmen sollte, den Rückmarsch zu bewerkstelligen verstehen würde. Und Hindernisse haben sich ihm entgegengestellt. Eifersüchtig wahrt die Natur ihr Geheimnis, sie wehrt sich gegen das Vordringen des Menschen nach dem Nordpol, der als erster seinen Fuß schon auf den Südpol der Erdachse gesetzt hat. Was Menschengeist an technischer Vorbereitung heute zu leisten vermag, war geschehen.

Trotz der bedeutenden Ueberlastung hatten sich die Flugzeuge auf dem Probeflug trefflich bewährt. Dieser Erfolg veranlaßte auch den Forscher, den Flug polwärts noch am selben Tage aufzunehmen. Schon ober Sydgat zwingt Nebel zum Aufstieg in 1000 Meter Höhe. Erst nach Stunden hat man wieder klare Sicht, stellt dann fest, daß man zu weit nach West abgedrängt wurde und dann kommt die schmerzliche Ueberraschung, daß die Hälfte des Benzinvorrates erschöpft ist.

Das zwingt zu genauer Feststellung der Position, was in den Lüften nicht möglich ist. Also landen! Während des Fluges hat man nicht eine einzige Stelle wahrgenommen, wo eine Landung möglich wäre. Jetzt zeigt sich eine größere Wasserrinne im Eise. Sie birgt Gefahren in sich, denn solche Risse pflegen sich rasch wieder zu schließen. Doch es muß gewagt werden, selbst wenn man vielleicht noch weiter vom Ziele abkommt. Die Flugzeuge gehen zu Wasser. Aber die neidische Natur zeigt ihre Tücke. Bald ist die eine Flugmaschine von Eismassen eingeschlossen, die Eisrisse verteidigen den Pol. Die Versuche, das Flugzeug freizubekommen, sind vergebens. Die Rinne schließt sich immer mehr. Eisblöcke umringen auch die andere Maschine, rauben den menschlichen Eindringlingen die Möglichkeit weiteren Polfluges.

Man stelle sich einen solchen Zustand der Männer nur vor! Sie wissen sich nahe dem Ziel und nun dieses Mißgeschick. Aber sie lassen sich nicht beirren. Sorgfältig werden die Beobachtungen gemacht. Man stellt fest: Nur noch 250 Kilometer bis zum Pol. Und da zeigt sich die gewaltige Größe des Führers der Expedition. Wie verlockend wäre es, den Marsch zum Pol auf Skiern zu wagen. Der Sportsinn reizt dazu. Doch Amundsen arbeitet für die Wissenschaft, setzt seine Beobachtungen fort, sammelt an Daten, was gesammelt werden kann, und macht gleich eine höchst wichtige Feststellung: Eine Lotung ergibt, 3750 Meter Wassertiefe. 1000 Kilometer wurden im Flugzeug zurückgelegt, 100.000 Quadratkilometer konnten überblickt werden. Nicht ganz 60 Kilometer vom Pol gibt die Sicht. Nirgends hatte man Land erblickt und so wird im Zusammenhang mit der erloteten Tiefe fast zur Gewißheit, daß im Norden Europas zwischen Spitzbergen und dem Pol kein Land besteht, eine geographische Erkenntnis von hoher Bedeutung. Ist also der Pol auch noch nicht erreicht, so kann man schon aus diesem einen Umstand darauf schließen, daß die wissenschaftliche Ausbeute der Expedition eine große sein wird. Die Flugzeuge als solche haben sich offensichtlich bewährt, das Wunderbare der modernen Technik: Um ein paar Breitegrade polwärts vorzudringen, waren einst Jahre nötig. Jetzt kann derselbe Weg dank der Flugmaschine in Stunden zurückgelegt werden. Und dann die sportliche Leistung des Rückmarsches! Am 21. erfolgte der Abflug. 1000 Kilometer polwärts wurden zurückgelegt und vier Wochen später sind die Forscher wieder heimgekehrt. Die Erfahrung Amundsens hat sich hier wieder schlagend bewährt. Wie er auch recht behalten hat, sich der Flugzeuge zu bedienen. Naturgewalten haben ihm knapp vor dem Ziele halt geboten, aber er ist nicht der Mann, der seine Pläne aufgibt. Bald wird ihn wieder der Forscherdrang zu neuen Fahrten gegen den Pol führen. Und dieser ehernen Willenskraft wird wohl der Erfolg nicht versagt bleiben. E. D.

Nicht unannehmbar.

Der erste Eindruck der französischen Note über den Sicherheitspakt.

Wien, 19. Juni.

Die Note, die das deutsche Memorandum beantwortet, ist ein Dokument der Aengstlichkeit, sie ist noch immer behaftet von der Nachwirkung des alten Mißtrauens, von der Sorge, das ganze könne doch eine Falle sein, eine „intrigue allemande", dazu bestimmt, den geheiligten Friedensvertrag aus seinen Fugen zu reißen und die Verpflichtungen dieser Marterparagraphe zu umgehen. Auf Schritt und Tritt hebt die Note hervor, daß eine solche Handlungsweise nicht geduldet würde und daß Frankreich keine der Waffen aus dem Arsenale von Versailles aufgebe. Ebenso stark wird auch der Wunsch betont, Deutschland möge dem Völkerbunde angehören, unter den Bedingungen, die im März dieses Jahres festgelegt worden sind. Diese Bedingungen enthielten jedoch eine wichtige Milderung. Denn der Rat hat ausdrücklich versprochen, daß eine militärische Beteiligung an Zwangsmaßnahmen nur soweit Deutschland treffen könne, als es sich selber dafür zu solchen militärischen Leistungen für fähig erachte. Freilich, jene Verpflichtung ist nicht abgeschwächt, vermöge welcher die Völkerbundstaaten den Durchzug von Truppen gestatten müssen, die eine Völkerbundexekution vornehmen.

Die Note ist ein Dokument der Aengstlichkeit, aber sie ist doch anderseits auch ein Dokument des Vertrauens und einer völlig geänderten psychologischen Haltung. Es ist nicht mehr jenes Deutschland, das durch Clemenceau und Poincaré für ewige Zeiten zu einem Staate zweiten Ranges hätte erniedrigt werden sollen. Es ist nicht mehr das Deutschland, das verachtet, beschimpft und besudelt, alle Hoffnung auf Erneuerung seines Prestiges verloren gab. Wie oft hat Deutschland versucht, zu ähnlichen Resultaten zu kommen, wie es der jetzige Sicherheitspakt darstellt und ist schmählich zurückgestoßen worden, als handelte es sich um die Berührung mit einem Aussätzigen. Noch während des Krieges war der Wunsch nach Schiedsverträgen und Abrüstung ausdrücklich in das Programm der deutschen Regierung aufgenommen worden. Sogar Cuno hatte einen Friedenspakt für dreißig Jahre beantragt und die Ausschließung jedes Krieges. Poincaré aber wollte lieber in die Ruhr gehen, als solche diplomatische Ramschware ernstlich behandeln. Erst mußte Deutschland zerstampft werden in seiner Währung und in großen Teilen seines Wohlstandes, erst mußte Frankreich die ganze Enttäuschung über die Resultate der Poincaréistischen Hurrahpolitik empfinden, erst mußte das ganze Verhältnis zu England, das Verhältnis zu Amerika in die schwerste Krise kommen, bis endlich die Vernunft auf beiden Seiten sich durchrang und der Wunsch nach dauernder Befriedung. Auch der Nationalismus in Deutschland muß jetzt den Bileam spielen, der auszog, zu fluchen, und der gezwungen ist, zu segnen....

Was wird nun geschehen? Man wird in die gründlichste Prüfung der Dokumente eintreten, insbesondere die Frage der Ostverträge wird von größter Bedeutung sein und das Schicksal des Pakts entscheiden. Deutschland hat bereits die Absicht ausgedrückt, Schiedsverträge mit Polen und der Czechoslowakei zu schaffen, und die französische Antwort sucht offenbar einen Zusammenhang zwischen Rheinpakt, Völkerbund und diesen Schiedsverträgen herbeizuführen, so daß indirekt auch die Grenzen des Reiches unter den Schutz des Westens gelangen. Hier wird es sicherlich Schwierigkeiten geben, aber der Kern, das Grundprinzip, das Fundament der deutschen Politik wird intakt bleiben. Dieses Fundament ist: ausdrückliche Garantie nur für den Rhein und für nichts anderes. Innigste Gemeinschaft mit den Westmächten, aber nur dort, wo geographisch sich der Zusammenhang ergibt, volle Gegenseitigkeit und Gleichheit.

Der große Antrieb ist für alle Staaten die Sorge der Wirtschaft. Deutschland hat vollkommen begriffen, daß jeder Versuch, England von Frankreich abzusprengen, unmöglich ist, weil der Kanal nicht länger als Meer betrachtet werden kann. Deutschland hat volle Klarheit darüber, daß der verachtete Pazifismus heute den einzigen, den unentbehrlichen Schutz der friedlichen Arbeit darstellt, die einzige Möglichkeit, das mühsam Behauptete vor allen Stürmen zu bewahren. Die Antwort Frankreichs ist gewiß nicht ohne Stacheln und Dornen, aber der Friede ist auf dem Wege. Das ist der erste Eindruck der französischen Note.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht über die Gründung der Rentenbankkreditanstalt.

Berlin, 18. Juni.

Im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages äußerte sich Reichsbankpräsident Dr. Schacht ausführlich über die Gründung der Rentenbankkreditanstalt dahin, die Frage, ob die geplante Rentenbankkreditanstalt die Möglichkeit biete, der Landwirtschaft Kredite zu verschaffen, möchte er grundsätzlich bejahen. Vom Standpunkte der Währungspolitik habe er keine Bedenken gegen dieses Institut.

„Ich bin kein Prophet, sagte der Dozent, ich habe nicht den Ehrgeiz, in die Zukunft zu blicken, sondern den bescheideneren Beruf, Vergangenheit kennen zu lernen und zu lehren. Aber wenn Sie, weissagender junger Freund, von Europa nichts übriglassen als den Balkan, so wäre, selbst wenn Sie recht behalten sollten, dies Ende für mein Gefühl durchaus nicht ruhmlos, jedenfalls nicht ruhmloser als der Anfang!"

„Wieso?" fragte der Jüngling, ungläubig, verwundert.

„Aber natürlich!" schrie der Alte, freudig dem Dozenten zunickend. Dieser fuhr, die Zustimmung des Alten mit einem dankbaren Lächeln quittierend, ruhig fort: „Wenn wirklich Europa, wie Sie meinen, sterbend blos noch Balkan ist, so wird es sterbend eben nur wieder, was es ja schon von Geburt ist."

„Aber doch nicht Balkan?" schrie der Jüngling entsetzt.

„Was denn?" antwortete der Dozent. „Die Großsprecher Europas verleugnen nur gern seine Herkunft. Europa ist ein Kind des Balkans." Der Jüngling, um Antwort verlegen, blickte nach dem Alten um Hilfe, der, nicht ohne Schadenfreude, lächelnd erwiderte: „Ja, mein Lieber, so geht's, wenn man immer nur in den großen Ideen schwelgt, ohne mit den euch so widerwärtigen Tatsachen zu rechnen, ja, ohne sie auch nur zu kennen. Gegenwart ist immer nur aus der Vergangenheit zu verstehen, das Heute wird nur aus dem Gestern erst erklärlich. Ihr aber glaubt, dem Schall von Worten das Wesen anzuhören, das sie benennen. Aber Worte sind schwindsüchtig, derselbe Name meint auf einmal einen ganz anderen Sinn. Man sollte reden und schreiben immer nur erst nach einer Prüfung aus Geschichte gestatten. Wenn ich dich nun aber frage: Was heißt Europa? Woher kommt das Wort? Was besagt das Wort zunächst? Wann begann Europa? Wo begann Europa? Blieb Europa seinem angeborenen Sinn immer treu? Hat es ihn verändert? Nun, mein Junge!"

„Um Gottes willen!" sagte der Dozent lachend. „Wer müßte bei so strenger Prüfung nicht durchfallen!" — „Ich selber wäre meines Durchfalles dabei jedenfalls sicher", sagte der Alte behaglich, „aber ich hab ja doch auch nicht die Prätension unserer jungen Herren, den Weltgeist zu befehligen. Ich bin kein Orakel, aber darum laß ich auch das orakeln. Da jedoch unseren jungen pythischen Schwindler da dieses ehrliche Bekenntnis meiner Unwissenheit sichtlich zu der seinen nur schon wieder von neuem ermutigt, wär's lieb von Ihnen, verehrter Herr Dozent, ihm zu zeigen, daß es auf jene Fragen auch Antworten gibt."

„Ein Examen also?", fragte der Dozent lächelnd. „Aber da, Gott sei Dank!, niemand zugegen ist, der mich durchfallen lassen könnte, darf ich's ja wagen. Das Wort Europa wurzelt im Hebräischen, bedeutet dasselbe wie griechisch Erebos, also Abend: Land, das gegen den Abend liegt, Westland für das Auge von Asiaten. Bei den Griechen finden wir den Namen zum erstenmal im Munde Homers, in seinem — übrigens ihm längst aberkannten — Hymnus auf den pythischen Apoll. Dem lieben Herodot aber ist dann das Wort schon ganz vertraut und neugierig erkundigt er sich nach Europa, nach seinen Grenzen im Norden und im Osten und besonders aber, ob es auch im Norden und im Osten meerumflossen ist. Perser haben ihm erzählt, irgendwelche Griechen, über deren Namen er nichts feststellen konnte, hätten nach Landung in Tyros, der phönikischen Stadt, des Königs Tochter Europa geraubt; er vermutet, daß es Kreter waren. Später aber hätten Hellenen sich noch einer zweiten solchen Unbill schuldig gemacht: des Raubes der kolchischen Königstochter Medea. Die Griechen treten ja geschichtlich zunächst überhaupt als Seeräuber auf und benützten nebenher die Gelegenheit, dabei gleich auch die Schreib- und Rechenkünste, die Grundzüge der den Phöniziern von Babylon und Aegypten erteilten Bildung mitgehen zu lassen. Man kann also guten Gewissens sagen: Europa ist eine Seeräubergründung."

„Nein, wirklich?", schrie der Jüngling auf, mit einer Inbrunst von Freude, daß er über das Lächeln der anderen am Ende selbst errötend lachen mußte. „Als ein Seeräuberasyl", fuhr der Dozent fort, „entstand Europa; auf Raub ruht aller Ruhm Griechenlands zunächst, aus Seeräuberunwesen wächst es empor, ein Seeräubernest; und so sind Kraft, Mut, List, Verschlagenheit, Ruchlosigkeit und unbändige Wildheit anfangs die Tugenden, die der Grieche vor allem ehrt. Der Megalurg steht ihm allen voran: wer Großes tut, etwas tut, wodurch er an Kühnheit, Gewaltsamkeit und Verruchtheit alle anderen noch überbietet. Und gerade die Kleinen, die Schwachen sind's, die sich nun sogleich am lautesten für Macht und Größe begeistern. Für den gemeinen Mann liegt ja der einzige Trost noch darin, daß es in der Welt doch auch Ungemeines gibt. Aber das Ungemeine braucht Raum, es kreist sich ein, es weist dem Gemeinen Schranken und eben, indem angesichts des Starken, des Helden, des in seiner eigenen Kraft allein ruhenden Autarken der schöne Begriff der griechischen Freiheit entsteht, einer durchaus in der eigenen Hoheit, der eigenen Macht, der eigenen Siegesbereitschaft wurzelnden, einer agonalen Freiheit, meldet sich naturnotwendig dazu sogleich auch das Komplement der Freiheit — ich will nicht sagen: jeder Freiheit, aber jedenfalls der griechischen —, es meldet sich die Herrschaft. Um sich ganz frei zu fühlen, muß sich der Grieche als Herrn fühlen können und dazu braucht er einen Knecht. Knechtschaft ist ihm der Schatten den alle Herrschaft wirft; der Knecht erst beglaubigt ihn als Herrn. Aien aristeuein heißt's bei Homer, dem Aristokraten, bei dem wir schon deutlich sehen können, wie das Kraftmaß immer mehr auch zum Wertmaß wird und als der Beste gilt, wer sich als den Stärksten erweist."

Die französische Sicherheitsnote.

Der Inhalt der Note.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Berlin, 18. Juni.

Die Note, welche die französische Regierung durch ihre Botschaft in Berlin am 16. Juni der Reichsregierung zur Beantwortung des deutschen Memorandums vom 19. Februar überreichen ließ, hat folgenden Wortlaut:

Die französische Regierung hat die deutsche Regierung durch ihre Note vom 20. Februar d. J. wissen lassen, daß sie gemeinsam mit den Alliierten die Anregung des Memorandums geprüft hat, das ihr am 19. Februar durch seine Exzellenz Herrn v. Hoesch überreicht worden ist. Die französische Regierung und ihre Alliierten haben im Vorschlag der deutschen Regierung den Ausdruck von Friedensbestrebungen gesehen, die mit den ihren übereinstimmen. Um dem Wunsche aller beteiligten Staaten im Rahmen des Vertrages von Versailles ergänzende Sicherheitsbürgschaft zu geben, hat sie die deutschen Vorschläge mit aller ihr gebührenden Aufmerksamkeit geprüft, um sich ein Urteil darüber zu bilden, inwiefern sie zur Befestigung des Friedens beitragen können. Indes hat es sich als zweckmäßig herausgestellt, vor dem Eintritt in die sachliche Prüfung der Note die Fragen in volles Licht zu setzen, die diese Note aufwirft oder aufwerfen kann. Es ist wichtig, die Ansicht der deutschen Regierung über diese Fragen kennenzulernen, da ein vorheriges Einvernehmen hierüber als Grundlage für jedes weitere Verhandeln erforderlich erscheint.

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund als Vorbedingung.

I. Das Memorandum erwähnt den Völkerbund nur beiläufig. Nun sind aber die alliierten Staaten Mitglieder des Völkerbundes und durch einen Völkerbundsatz gebunden, der für sie genau bestimmte Rechte und Pflichten zum Zwecke der Erhaltung des Weltfriedens enthält. Die deutschen Vorschläge sind zur Lösung auf das gleiche Ideal gerichtet, aber ein Abkommen, das sich nicht verwirklichen läßt, ohne daß Deutschland seinerseits die Verpflichtung übernimmt, und die Rechte genießt, die in der Völkerbundsatzung vorgesehen sind. Dieses Abkommen ist also nur denkbar, wenn Deutschland selbst dem Völkerbund unter den in dem Schreiben des Völkerbundrates vom 13. März 1925 angegebenen Bedingungen beitritt.

Keine Aenderungen in den Friedensverträgen.

II. Das Streben, die Sicherheitsbürgschaften zu schaffen, welche die Welt verlangt, darf keine Aenderungen der Friedensverträge mit sich bringen. Die zu schließenden Abkommen dürfen also weder eine Revision dieser Verträge in sich schließen noch faktisch zu einer Abänderung der besonderen Bedingungen für die Anwendung gewisser Vertragsbestimmungen führen. So könnten die Alliierten unter keinen Umständen auf das Recht verzichten, sich jeder Nichterfüllung der Bestimmungen dieser Verträge zu widersetzen, auch wenn diese Bestimmungen sie nicht unmittelbar angehen.

Der Rheinpakt.

III. Das Memorandum vom 19. Februar faßt zunächst den Abschluß eines Paktes zwischen den am Rhein interessierten Mächten ins Auge, der von folgenden Grundsätzen ausgehen könnte: 1. Ablehnung jedes Gedankens an einen Krieg zwischen den vertragschließenden Staaten. 2. Strenge Achtung des gegenwärtigen Besitzstandes in den rheinischen Gebieten mit gemeinsamer und gesonderter Garantie der vertragschließenden Staaten. 3. Garantie der vertragschließenden Staaten für die Erfüllung der Verpflichtungen zur Entmilitarisierung der rheinischen Gebiete, die sich für Deutschland aus den Artikeln 42 und 43 des Vertrages von Versailles ergeben.

Die französische Regierung verkennt nicht, welchen Wert die feierliche Ablehnung jedes Gedankens an einen Krieg zwischen den vertragschließenden Staaten (eine Verpflichtung, die übrigens zeitlich nicht beschränkt sein dürfte) neben der erneuten Bestätigung der in den Verträgen aufgenommenen Grundsätze für die Sache des Friedens haben solle. Zu den vertragschließenden Staaten muß offenbar Belgien gehören, das in dem deutschen Memorandum nicht ausdrücklich erwähnt wird, das aber als unmittelbar interessierter Staat an dem Pakte teilnehmen müßte. Ebenso versteht es sich von selbst und geht aus dem Inhalt des deutschen Memorandums über diesen Punkt hervor, daß der auf dieser Grundlage zu schließende Pakt weder die Bestimmungen des Vertrages über die Besetzung der rheinischen Gebiete noch die Erfüllung der in dieser Hinsicht im Rheinlandabkommen festgesetzten Bedingungen berühren darf.

Die westlichen Schiedsverträge.

IV. Die deutsche Regierung erklärt sich ferner geneigt, mit Frankreich sowie mit den übrigen am Rheinpakt beteiligten Staaten Schiedsverträge abzuschließen, die eine friedliche Austragung rechtlicher und politischer Konflikte sicherstellen. Frankreich ist der Ansicht, daß ein Schiedsvertrag derart, wie ihn Deutschland vorschlägt, die natürliche Ergänzung des Rheinpaktes bilden würde. Es muß dabei aber als selbstverständlich gelten, daß ein solcher Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich auf alle Konflikte Anwendung finden müßte und nur dann Raum für ein zwangsweises Vorgehen lassen dürfe, wenn ein solches Vorgehen gemäß den Bestimmungen der zwischen den Parteien bestehenden Verträge oder des Rheinpaktes oder auf Grund der Garantie erfolgen würde, die von den Parteien oder einer von ihnen für einen Schiedsvertrag geleistet wird. Ein Schiedsvertrag gleicher Art zwischen Belgien und Deutschland wäre nicht minder erforderlich.

Um diesen beiden Verträgen volle Wirksamkeit zu geben, müßte deren Einhaltung sichergestellt werden durch die gemeinsame und die gesonderte Garantie derjenigen Mächte, die anderseits an der im Rheinpakt aufgenommenen Gebietsgarantie teilnehmen, dergestalt, daß diese Garantie unmittelbar zur Wirkung kommt, wenn eine der Parteien es ablehnt, einen Streitfall dem Schiedsverfahren zu unterwerfen oder einen Schiedsspruch auszuführen, zu feindlichen Handlungen schreitet. Falls einer der Vertragsschließenden, ohne zu feindlichen Handlungen zu schreiten, seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, soll der Völkerbundrat die Maßnahmen vorschlagen, die zu ergreifen sind, um dem Vertrag Wirksamkeit zu verleihen.

Schiedsverträge im Osten und ihre Garantie.

V. Die deutsche Regierung hat diesem Memorandum hinzugefügt, sie sei bereit, mit allen Staaten, die hiezu geneigt seien, derartige Schiedsverträge abzuschließen. Die alliierten Regierungen nehmen mit Genugtuung von dieser Zusicherung Kenntnis. Wir sind sogar der Ansicht, daß ohne solche Abkommen zwischen Deutschland und denjenigen seiner Nachbarn, die zwar nicht für das geplante Rheinabkommen sind, aber die Verträge von Versailles unterzeichnet haben, der europäische Friede, dessen Befestigung der Rheinpakt anstrebt und für den er eine wesentliche Grundlage bilden soll, nicht völlig Wirklichkeit werden könne. Die alliierten Staaten haben nämlich aus der Völkerbundsatzung und aus den Friedensverträgen Rechte, auf die sie nicht verzichten und von denen sie sich nicht freimachen können.

Diese so abzuschließenden Schiedsverträge würden gleiche Tragweite haben wie die im Abschnitt IV vorgesehenen. Jede Macht, die den Vertrag von Versailles sowie den geplanten Rheinpakt unterzeichnet hat, würde, wenn sie es wünscht, die Befugnis haben, sich zu ihren Garanten zu machen.

Pakt und Völkerbund.

VI. Nichts von den in dieser Note ins Auge gefaßten Verträgen darf die Rechte und Verpflichtungen berühren, die den Mitgliedern des Völkerbundes aus dem Pakt erwachsen.

VII. Diese für die Erhaltung des Friedens und der allgemeinen Garantie der Sicherheit könnte nur dann vollständig werden, wenn alle in dieser Note ins Auge gefaßten Abkommen gleichzeitig in Kraft treten. Dieses Abkommen müßte der Völkerbundsatzung entsprechen und unter die Obhut des Völkerbundes gestellt werden.

Es versteht sich schließlich von selbst, daß Frankreich, wenn die Vereinigten Staaten dem Abkommen beitreten zu können glauben, diese Stützung des allgemeinen Friedens und der Sicherheit nur begrüßen könne.

Das sind die Hauptpunkte, hinsichtlich welcher es notwendig schien, die Ansicht der deutschen Regierung kennen zu lernen. Die französische Regierung würde es begrüßen, darauf eine Antwort zu erhalten, die es gestattet, in Verhandlungen einzutreten, deren Ziel der Abschluß von Abkommen, für eine neue und wirksame Friedensgarantie haben.

Das deutsche Garantieangebot.

Berlin, 18. Juni.

In ihrem Memorandum an die französische Regierung vom 9. Februar hatte die Reichsregierung als Möglichkeiten zur Regelung der Sicherheitsfrage in Aussicht genommen, daß entweder am Rhein die interessierten Mächte sich feierlich auf eine längere Periode zu treuen Händen der Regierung der Vereinigten Staaten verpflichten, keinen Krieg zu führen, oder aber, daß durch einen Pakt der Besitzstand am Rhein einschließlich der Bestimmungen des Versailler Vertrages über die Entmilitarisierung des Rheinlandes garantiert werden könnte. In jedem Falle könnten die Vereinbarungen durch Schiedsverträge mit allen dazu geneigten Staaten ergänzt werden und eine spätere, alle Staaten umfassende Weltkonvention vorbereiten.

Die Auffassung in informierten deutschen Kreisen.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Berlin, 18. Juni.

Eine wohl informierte Persönlichkeit machte heute Ihrem Korrespondenten folgende Mitteilungen: Auch nach genauer Prüfung macht die französische Note einen nicht ungünstigen Eindruck. Es geht aus ihr hervor, daß Frankreich von seinen Ansprüchen manches hat aufgeben müssen. Es hat in den Verhandlungen mit England weder den Durchmarsch durch Deutschland noch eine Bindung Deutschlands erreicht. Ferner akzeptiert die Note die Vorschläge Deutschlands für den Westen. Deutschland und Frankreich sollen sich verpflichten, während einer bestimmten Periode keinen Krieg gegen einander zu führen

---

„Herrlich, Herrlich!", jauchzte der Jüngling. „Und zum Teufel mit dem Gymnasium, auf dem uns der Sinn Homers unterschlagen wird!"

„Ein bißchen Geduld noch, einen Augenblick!" bat der Dozent lächelnd. „Geschichte beginnt überall zunächst mit Wanderungen von Stämmen, die, noch keines Sinnes mächtig, dem Drange der in ihnen wütenden Kraft gehorchen, willenlos unter den Stößen dieser in ihnen geballten Kraft dahintreibend. Freud und Leid, Behauptung oder Vernichtung, ihr ganzes Schicksal wird ihnen durch ihre Kraft bestimmt, und so kann auch nur Kraft ihr Wertmaß sein; noch Homer hört man an, daß ihm Achilles Besessenheit von rasender Kraft mehr gilt als der listenreiche Odysseus. Allen jungen Völkern ist jeder genau so viel wert, als er stark ist. Aber indem Völker wachsen und wandeln, verwandeln sie sich, und die Griechen Homers erkennen wir in den Griechen des Perikles kaum wieder. Wir haben ein unsterbliches Zeugnis der mächtigen inneren Wandlung des Griechen: An der Atlasmetope."

„Atlasmetope?" wiederholt der Jüngling fragend, als ob er sich des Namens zwar obenhin erinnern, aber seiner Bedeutung nicht völlig entsinnen könnte.

„Ja," sagte der Dozent lächelnd, „Phidias hat's noch viel schwerer bei den Gymnasiallehrern als Homer, denn an Gelegenheit zur Uebung in der Augensprache der bildenden Kunst fehlt's ihnen ja ganz. . . . Es ist die vierte der Ostmetopen am Zeustempel in Olympia. Phidias, dem sich an den zwölf Taten des Herakles ja die tiefsten Herzensgeheimnisse der Griechen offenbarten, zeigt uns ihn hier in dem Augenblick, wo er, um dafür der hesperischen Aepfel teilhaftig zu werden, dem Atlas das Gewölbe des Himmels abnimmt, dessen ungeheure Last der Held nun tragen soll. Und eben, indem er sich dieser furchtbaren Prüfung stellt, tritt seine Schutzgöttin Athene hinzu, indem sie zarter Hand auf seine Schultern ein Kissen schiebt, ein ganz leichtes, kleines Ruhekissen, so divin und schmal, daß wir unwillkürlich lächeln müssen: Die grause Wucht des unendlichen Gewölbes soll er tragen, was kann ihm da das winzige Kissen helfen? Und es hilft ihm. Ihm hilft zu wissen, daß ihm jemand hilft! Ihm hilft zu wissen, daß zu seiner Kraft nun auch noch der Geist tritt: der Geist der Liebe. Herakles erlebt hier, daß es etwas gibt, was stärker ist als alle Kraft der Welt, daß es den Geist der Liebe gibt. In dieser Atlasmetope, die der Kraft den Geist gesellt, ist die Scheidung von Asien erst wirklich vollzogen: Kraft erkennt hier zum erstenmal, daß sie zu ihrer Vollendung erst durch den Liebesgeist geführt werden kann. Es ist die Geburt Europas. Und damit wir das nur aber ja nicht mißverstehen, nur ja ganz erkennen, werden dem Herakles nun noch gerade die goldenen Aepfel der Hesperiden zum Lohn; Hesperos aber, der Vater der Hesperiden, ist der Abendstern: Also das Abendland ist der Siegespreis, den Herakles heimbringt. Europa wird in dieser Atlasmetope gefeiert und im Antlitz der Athene schimmert schon leise auch etwas wie eine selige Vorahnung unserer christlichen Charitas auf. Dieses geheimnisvolle Vorgefühl der Griechen für das Christentum, schon vom heiligen Paulus in seiner Rede auf dem Areopag anerkannt, gar aber dem heiligen Augustin so seltsam, daß er zur Erklärung annahm, Plato müsse bei seinem Aufenthalt in Aegypten entweder dem Jeremias persönlich begegnet sein oder jedenfalls die Propheten gelesen haben, finden wir im Namen einer Kirche Roms symbolisch ausgedrückt: Sie heißt Maria sopra Minervam."

„Bravo, bravissimo!", rief der Alte, sich vergnügt die Hände reibend. „Und so hätten wir die Vorfrage nach der Geburt Europas glücklich erledigt. Und aufs schönste, lieber Herr Dozent!"

„Wieso?", fragte der Jüngling. „Ich kann mich nicht erinnern, die Geburt Europas jemals geleugnet zu haben. Sie beweist doch aber nicht, daß darum Europa nicht sterben kann. Es hat ein gutes Recht darauf. Wenn man Novalis glauben darf, muß es einst ganz schön gewesen sein. Nun aber ist es doch eben — gewesen! Vorbei, vorbei! Gewesen! Alles Lebendige stirbt einmal." „Alles Lebendige stirbt einmal," bestätigte der Dozent, „aber es stirbt nicht bloß einmal, es stirbt immer von neuem, denn es stirbt jedesmal nur, um wiedergeboren zu werden. Stirb und werde! Sie schwören, lieber junger Freund, doch sonst auf Nietzsche, so kann Ihnen sein Gedanke der ewigen Wiederkunft des Gleichen nicht unbekannt sein. In allen Zeiten, die wir kennen, erkennen wir bei näherer Betrachtung die Wiederkehr einer Vergangenheit. Es ist immer dasselbe Spiel mit denselben Karten, wenn auch zuweilen in einer anderen Mischung. Ex cineribus veterum renatus phenix, sagt Petrarca von irgendeinem Römer seiner Zeit. Alle Geschichte, von der wir Nachricht haben, ist immer nur Renaissance. So mag uns Europa, das was uns bisher Europa hieß und verhieß, jetzt rings verbrennen, aus der Asche steigt es doch wieder in verjüngter Schönheit auf. Ich dächte, wir hätten dem alten Europa nun lange genug an seinem Grabe nachgeweint, nun aber laßt uns, der Mahnung Beethovens treu, Töne der Freude anstimmen: zur Auferstehung, zur Wiedergeburt des Phönix Europa!"

„Da bin ich schon dabei," sagte der Jüngling mit aufgehellten Augen, „beim Singen bin ich immer dabei. Nur — wen oder was soll man denn, kann man denn eigentlich heute besingen?"

„Es wird sich schon wer oder was finden," sagte der Alte lächelnd, „sobald nur erst laut und froh genug danach gesungen wird. Komische, tragikomische Zeit, in der die Jungen so verflixt bedächtig sind, und nur noch Mummelgreise jung!"

Die jugoslawische Note über die bolschewistische Propaganda.

Wien, 19. Juni.

Die von der jugoslawischen Regierung an die österreichische Regierung gerichtete Note, die wir in unserem gestrigen Abendblatt im Auszug veröffentlicht haben, ist bereits im Ministerium des Aeußern eingelangt. Die Note, die in sehr freundschaftlichem Ton gehalten ist, hat folgenden Wortlaut:

„Die königliche Regierung hatte zu wiederholten Malen die Ehre, die Aufmerksamkeit der Regierung in Wien auf die kommunistische Tätigkeit gewisser Personen von österreichischem Gebiet aus gegen das Königreich S. H. S. zu lenken. In der Meinung, daß dies im Interesse der beiden Länder liege, welches sich in der Vergangenheit im gemeinsamen Kampfe gegen die bolschewistische Gefahr offenbarte, wünscht die königliche Regierung diesem Interesse ebenso wie die österreichische Regierung zu dienen, da beide Regierungen durch den Gang der Ereignisse dazu gebracht wurden, diese Gefahr zu bekämpfen.

Seit dem Triumph der russischen Revolution entfalten die Bolschewisten einerseits im Innern ihres Landes eine eifrige Tätigkeit, anderseits veranlaßten sie eine Reihe von Gewalttätigkeiten gegen die ganze Welt, in der Absicht, ihr die kommunistische Ordnung aufzuzwingen. Wenn auch das erste Ziel der Bolschewisten, eine kommunistische Gesellschaft im Innern ihres Landes zu schaffen, nur mittelbar die anderen betrifft, so dienen die Methoden und die zerstörende Werbearbeit der Kommunisten und ihre Ideen dem Ziele, eine neue Welt auf den Trümmern der Weltrevolution zu erbauen und zwingen alle Staaten, die die Wahrung der Jahrhunderte währenden Entwicklung im Frieden auf der Grundlage des Völkerrechtes erstreben, zum Kampfe gegen diese Bestrebungen. Der königlichen Regierung ist es angenehm, bemerken zu können, daß sich die österreichische Republik in der ersten Reihe der Staaten befindet, die sich im Völkerbunde zusammengetan haben, um den Frieden aufrechtzuerhalten und die Rechte der Menschheit zu wahren. Aber trotz der Entschlossenheit der modernen Demokratien, sich jedem kommunistischen Unternehmen entgegenzustellen, hat die Dritte Internationale mit rückschrittlichsten Methoden ihre Tätigkeit fortgesetzt. Sie hat die Werbearbeit für ihre kommunistischen Ideen verstärkt und zu diesem Zwecke besondere Abteilungen, namentlich auf dem Balkan, gebildet, deren Agitatoren in Vollzugsausschüssen organisiert sind. Sie hat die verborgensten Zentren gewählt, um ihr Zerstörungswerk unter dem Schutze und der Mitarbeit ihrer diplomatischen Vertreter entwickeln zu können. Von der Regierung in Moskau wird alles mögliche unternommen, um zu den Staaten, die sie anerkannt haben, in die freundschaftlichsten Beziehungen zu treten und so ihre Manöver verschleiern zu können, deren Ziel die Ausbeutung des Gebietes dieser Staaten, entgegen den Grundsätzen des Menschenrechtes, zu Zwecken ihrer Umsturztätigkeit ist.

Auf Grund ihr übermittelten Nachrichten und mit Hilfe bereits bekannter Elemente hat die Dritte Internationale die Stadt Wien zum Mittelpunkte für ihr Vorgehen gegen die Balkanländer erwählt. Durch Ernennung ihres diplomatischen Vertreters und eines äußerst zahlreichen Personals für die russische Gesandtschaft in Oesterreich hat die Sowjetregierung die Organisation der Umsturzelemente gestärkt, die, von allen Seiten geflüchtet, auf österreichischem Gebiete Aufenthalt genommen haben. Die albanesischen Revolutionäre, die Kommunisten aus dem Königreiche S. H. S., die mazedonischen Föderalisten, alle mit der heutigen politischen Lage auf dem Balkan Unzufriedenen, sind eine Beute der Kommunisten geworden, welche die Welt vernichten wollen, um ihre Herrschaft über die Erde auszudehnen. Geschart um das Blatt „Fédération Balcanique", das auf Kosten der Wiener russischen Gesandtschaft erscheint, arbeiten die Revolutionäre beharrlich und systematisch mit den reaktionärsten Mitteln und mit den skrupellosesten Verleumdungen gegen die Balkanländer, zum Zwecke der Weltrevolution. Es ist hiebei nicht angenehm feststellen zu müssen, daß sich diese Werbearbeit nicht auf die Verbreitung und Darlegung revolutionärer Ideen beschränkt, sondern auch zur unmittelbaren Tat gegriffen hat, deren Programm in den Zusammenkünften vom 29. Dezember 1924 bis zum 2. Januar 1925 in Baden und vom 27. bis zum 29. März d. J. in Wien ausgearbeitet wurde. Die kommunistische Agitation sowie die Kämpfe der mazedonischen Revolutionäre in Albanien, im Königreiche S. H. S. und in Bulgarien hatten erwiesenermaßen Verbindung mit den kommunistischen Kreisen in Wien.

Im vollen Bewußtsein der Gefahr, die in Zukunft von diesen Faktoren drohen könnte, fühlt die königliche Regierung das dringende Bedürfnis, über die Maßnahmen zu deren Bekämpfung zu beratschlagen, weil die bolschewistischen Agenten, welcher Nationalität immer sie seien, kein Recht haben, die Gastfreundschaft und das Asylrecht auf österreichischem Gebiete zu mißbrauchen und eine Atmosphäre des Mißtrauens zwischen Oesterreich und seinen Nachbarländern zu schaffen. Wenn also auch die Wiener Regierung allein über ihre Interessen entscheidet, die durch eine umstürzlerische Handlung auf ihrem Gebiete aufs Spiel gesetzt werden könnten, so gilt dies nicht auch hinsichtlich der ungünstigen Rückwirkung auf die politische Lage der Nachbarstaaten, gegen welche diese Unternehmungen unmittelbar gerichtet sind.

Die königliche Regierung erachtet es im gemeinsamen Interesse beider Länder gelegen, daß sie die Beziehungen guter Nachbarschaft, die diese beiden Länder verknüpfen, in einer Atmosphäre des Vertrauens und der gemeinsamen Arbeit freundschaftlich ausbauen. Sie vertraut auf den alten Ruf der österreichischen Polizei, die fähig ist, allein und ohne anderen Antrieb die umstürzlerische Tätigkeit auf ihrem Gebiete zu verhindern, die gewiß ihrer Wachsamkeit nicht entgangen ist. Uebrigens ist die königliche Regierung nicht die einzige, die erwartet, die österreichische Republik werde wieder einmal zeigen, daß sie nicht gesonnen ist, auf ihrem Gebiete die umstürzlerische Tätigkeit der Dritten Internationale zu dulden, die besonders gegen die Interessen ihrer Nachbarstaaten gerichtet ist. Dies ist auch der Wunsch aller Völker, welche die beste Hoffnung für das Gedeihen Oesterreichs hegen und keine Mühe scheuen, um zu einer gerechten Lösung aller berechtigten Fragen zu gelangen, welche die österreichische Republik angehen. In der Hoffnung, daß die Wiener Regierung nichts unterlassen wird, was die gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern festigen könnte, ist die königliche Regierung der Ansicht, daß die Duldung kommunistischer Literatur in Oesterreich, wie sie bisher geübt wurde, namentlich aber des Blattes „Fédération Balcanique" sowie der Tätigkeit bestimmter Organe und kommunistischer Agenten, deren Verzeichnis beiliegt, nicht zu fortschreitender Annäherung führen kann, die wir aufrichtig wünschen."

Wie wir hören, wird diese Note vom Ministerium des Aeußern unverzüglich beantwortet.

Eine offiziöse deutsche Erklärung zur Note.

Berlin, 18. Juni.

Die deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz schreibt zu der französischen Note unter anderm: Unzweifelhaft wird mit ihr eine meritorische Behandlung der deutschen Anregung bezweckt, denn obwohl in der Einleitung zur Note betont wird, daß sie die durch das deutsche Memorandum aufgeworfenen Fragen zunächst in volles Licht setzen wolle, wird im weiteren Verlaufe doch schon zu den einzelnen Anregungen Stellung genommen.

Die französische Antwort bringt zu den deutschen Vorschlägen eine Reihe von neuen Momenten hinzu, wie die Forderung nach einem vorangehenden Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, die Ausgestaltung dieser Bedingung zu einer Voraussetzung für den Pakt, ferner die Art und Weise, wie eine Verwirklichung des Schiedsgerichtsgedankens in das Paktsystem eingebaut werden soll und wie diese Schiedsgerichte obligatorisch gemacht werden sollen, während der Gedanke des Rheinpaktes an sich, wie er ursprünglich von der Regierung Cuno angeregt war, in der vom deutschen Memorandum skizzierten Form uneingeschränkt angenommen wird und auch ohne daß territoriale Garantien für den Osten gefordert würden.

Während von einem „Durchmarschrecht", von dem die französische Presse noch vor einigen Tagen wissen wollte, an keiner Stelle die Rede ist, liegt unter anderm besonders in der Entwicklung des Schiedsgerichtsgedankens, in der hier angestrebten, wenn auch nicht immer klar erkennbaren Richtung die Möglichkeit zu Schwierigkeiten. Bedenklich wird die Einführung des Prinzips der Garanten, wo es sich um Deutschland und Polen, beziehungsweise um Deutschland und die Czechoslowakei handelt. Die Forderung nach Schiedsverträgen zwischen Deutschland und den letztgenannten Ländern ist ohne ihre namentliche Nennung aber in der Wendung, durch die gleichartigen Schiedsverträge wie mit dem am Rhein interessierten Mächten auch mit denjenigen der deutschen Nachbarn gefordert werden, die zwar nicht Partei des geplanten Rheinpaktes sind, aber den Vertrag von Versailles unterzeichnet haben, unzweideutig enthalten. Denn das sind eben neben dem Rheinanliegern nur die beiden genanten Staaten. In ähnlicher Weise ist die Tatsache umschrieben, daß Frankreich sich selbst zum Garanten der Schiedsverträge mit Polen und der Czechoslowakei zu machen wünscht. Denn nach der bereits bekanten Ablehnung Englands, sich irgendwo für den Status an den deutschen Ostgrenzen zu engagieren, bedeutet jene Macht, die den Vertrag von Versailles sowie den geplanten Rheinpakt unterzeichnet hat, in diesem Zusammenhang praktisch nur Frankreich. Das verträgt sich aber kaum mit den ethischen Grundzügen des Schiedsgerichtsgedankens, dem Frankreich, der Garant, ist zugleich Verbündeter der einen Vertragspartei.

Manches an der französischen Note ist unklar und zu verschiedenartigen Auslegungen geeignet. Sie fordert nicht unmittelbare Verhandlungen, sondern zunächst eine Antwort, „die es gestattet, in eine Verhandlung einzutreten", und die Reichsregierung wird an den Unklarheiten und neu eingeschalteten Problemen in ihrer demnächstigen Antwort nicht vorübergehen können. Es ist kein Zweifel, daß verschiedene Bestrebungen und Einflüsse, vor allem die englisch-französischen Kompromißbemühungen von Genf, in Form und Wortlaut des vorliegenden Schriftstückes ihren Niederschlag gefunden haben.

Veröffentlichung des französischen Blaubuches über den Sicherheitspakt.

Paris, 18. Juni.

Das Blaubuch des Ministeriums des Aeußern über den Sicherheitspakt wird heute abend der Presse mitgeteilt werden. Es umfaßt neun Stücke. 1. Das am 9. Februar 1925 vom Botschafter v. Hoesch dem Ministerpräsidenten Herriot überreichte Memorandum, 2. die französische Note, in der mitgeteilt wird, daß dieses Schriftstück mit Interesse und mit dem Willen, nichts zu vernachlässigen, was zum Frieden Europas und der Welt beitragen könnte, geprüft wurde, 3. den Entwurf der Antwort auf das deutsche Memorandum, den Briand am 12. Mai dem Staatssekretär Chamberlain durch den französischen Botschafter in London übermittelte, 4. das am 19. Mai von Chamberlain den Botschafter de Fleuriau übergebene Memorandum, 5. das französische Antwortmemorandum, das am 25. Mai von de Fleuriau überreicht wurde, 6. ein am 29. Mai durch den englischen Botschafter in Paris Briand überreichtes Schreiben Chamberleins samt Anhang, 7. ein Schreiben Briands samt Anhängen, die am 5. Juni von de Fleuriau Chamberlain übermittelt wurden, 8. ein Schreiben Chamberleins an Briand vom 8. Juli, 9 die Note der französischen Regierung, die am 16. Juni durch den französischen Botschafter in Berlin dem Minister des Auswärtigen Stresemann überreicht worden ist.

Rheinlandfeier in Düsseldorf.

Eine politische Rede des Reichskanzlers.

Düsseldorf, 18. Juni.

Anläßlich der Jahrtausendfeier des Rheinlandes fand in Düsseldorf ein Festakt des rheinischen Provinziellentages statt. Unter den Ehrengästen befanden sich Reichskanzler Dr. Luther, der preußische Ministerpräsident Braun, zahlreiche Minister des Reiches und der Länder, der Kardinalerzbischof von Köln Schulte u. a. Als erster Redner ergriff Oberbürgermeister Dr. Jarres das Wort. Nach einem kurzen Hinweis auf die stolze rheinisch-deutsche Vergangenheit, erklärte Jarres: „Wir fordern heute inmitten der Trübsal fremder Besetzung vor aller Welt unser

---

und sie sollen einen Sicherheitspakt und einen Schiedsgerichtsvertrag abschließen. Dieses ganze auf die Westgrenze bezügliche deutsch-französische Abkommen wird unter die Garantie der Signatarmächte des Rheinlandabkommens gestellt. Zu diesen Signatarmächten gehört bekanntlich England, und es ist eine für die gesamte europäische Politik höchst bedeutungsvolle Tatsache, daß England sich bereit gefunden hat, dieses Abkommen zu garantieren. Die Garantie wird die Zweiseitigkeit des zwischen Deutschland und Frankreich abzuschließenden Sicherheitspaktes verbürgen und wenn Frankreich zum Angriff gegen Deutschland schreiten sollte, muß England ebenso die deutschen Grenzen schützen, wie es die französischen Grenzen schützen muß im Falle eines Angriffes Deutschlands gegen Frankreich.

Weiterhin versucht freilich die französische Note auf dem Wege juristischer Formulierungen die Forderungen Frankreichs, welche die deutschen Ostgrenzen betreffen, durchzuführen. Die französische Note verlangt, daß Deutschland auch mit einigen seiner östlichen Nachbarstaaten Schiedsgerichtsverträge abschließen soll. Diese Forderung schafft Unklarheiten, zumeist aus dem Grunde, weil noch gar nicht feststeht, ob die betreffenden Oststaaten zum Abschluß von Schiedsgerichtsverträgen geneigt sind. Die czechoslowakische Republik hat sich dazu bereit erklärt. Von Polen aber liegt noch keinerlei Erklärung über diese Frage vor. Frankreich wünscht dann weiter, daß die im Osten abzuschließenden Schiedsgerichtsverträge unter die Garantie der Signatarmächte des Vertrages von Versailles gestellt werden. Hier ist vor allem zu bemerken, daß England sich bisher stets geweigert hat, irgendwelche auf die deutschen Ostgrenzen bezügliche Abmachungen zu garantieren. Bei dieser Weigerung wird England jedenfalls auch in Zukunft verharren. Der Artikel 5 der Note, welcher die Schiedsgerichtsverträge mit den Staaten im Osten Deutschlands betrifft, ist jedenfalls so abgefaßt, daß Frankreich damit ein Vorgehen gegen Deutschland zugunsten von Frankreichs östlichen Bundesgenossen begründen könnte. Mit diesem Artikel 5 steht in augenfälligem Widerspruch der Artikel 6 der Note, welcher die im Osten abzuschließenden Schiedsgerichtsverträge dem Völkerbunde unterordnet. Im Falle eines Konfliktes zwischen Deutschland und einem der Oststaaten soll der Völkerbund zu entscheiden haben, ob Deutschland den Vertrag verletzt hat und welche Maßnahmen ergriffen werden sollen. Man darf wohl annehmen, daß diese Unterstellung der östlichen Verträge unter den Völkerbund eine Forderung Englands war.) welche Frankreich hat zugestehen müssen. Bemerkenswert ist, daß auch die im Osten abzuschließenden Verträge absolut zweiseitig sind, und es wäre daher theorethisch der Fall denkbar, daß im Falle eines Angriffes eines der Oststaaten gegen Deutschland Frankreich verpflichtet wäre, Deutschland zu Hilfe zu kommen.

Die deutsche Regierung wird die französische Note zunächst noch nicht beantworten. Es sind noch einige Aufklärungen, namentlich in bezug auf den Völkerbund, erforderlich, ehe die deutsche Antwort abgefaßt werden kann. Man darf annehmen, daß die französische Note in Deutschland innerpolitische Schwierigkeiten nicht hervorrufen wird, wenigstens liegen einstweilen keinerlei Anzeichen dafür vor. Insbesondere scheinen die Deutschnationalen nicht zu beabsichtigen, aus der Regierung auszutreten, wenn auch natürlich zu erwarten ist, daß in der bevorstehenden Parlamentsdebatte die deutschnationalen Redner Forderungen aufstellen werden, die über die deutschen Vorschläge an Frankreich hinausgehen.

Ein offizieller Ministerrat hat noch nicht stattgefunden, sondern wird erst nach der Rückkehr der Minister aus dem Rheinlande angesetzt werden. Beratungen mit den Ministern der deutschen Länder und den Parteien finden erst nach Wochenende statt.